

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 1

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 16.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste - sowohl auf der sogenannten Zuschauertribüne als auch alle, die im Livestream zuschauen und zuhören -, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Sie über eine Änderung hier im Rat informieren. Herr Wortmann und die Ratsgruppe Die PARTEI bilden seit dem 11. August 2021 eine Fraktion mit dem Namen Die FRAKTION. Ab September dieses Jahres wird auch Frau Syndicus dazugehören.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Abé, Frau Heuser, Herr Dr. Lutz, Frau Scho-Antwerpes und Frau Steinmann.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Klemm, Frau Jäger und Frau Heithorst.

Zunächst, meine Damen und Herren, legen wir die Tagesordnung fest.

Heute steht die Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2022 auf der Tagesordnung. Dazu werde zunächst ich sprechen, bevor ich dann der Kämmerin das Wort gebe. Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt damit schließen und die Vorlagen zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen.

Danach behandeln wir die übrigen Tagesordnungspunkte.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.1.1 und 4.1.2.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION haben am 13. August 2021 zum Thema „Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und

Kultur“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist der TOP 2.1.4.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Reihenfolge habe ich keine Wortmeldung.

Ich habe aber eine Wortmeldung zum TOP 2.1.1. Die antragstellenden Fraktionen möchten den unter diesem TOP vorliegenden Antrag in die nächste reguläre Sitzung vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In die nächste reguläre Ratssitzung?

Mike Homann (SPD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jawohl. Okay.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, unser Antrag „Transparenzoffensive 2021“, der unter Tagesordnungspunkt 2.1.3 vorliegt, soll bitte auch in die nächste reguläre Sitzung verschoben werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann nehmen wir das so auf.

Nun lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen; denn weitere Änderungswünsche sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe auf:

1 Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 2

2513/2021

Jetzt bitte ich Herrn Bürgermeister Wolter, während meiner Rede die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle noch einmal von dieser Stelle aus. - Das Wort hat die Frau Oberbürgermeisterin. Bitte schön, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Gäste auf der Tribüne und im Livestream! Heute geht es um die Zukunft Kölns. Denn heute wird der Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr, für 2022, eingebracht. Und dieser steht unter der Überschrift: Zukunftsgerichtetes Köln!

Wir planen einen Haushalt in Höhe von 5,2 Milliarden Euro. Zentrale kommunale Aufgaben sind zu erfüllen. Ich nenne nur als Beispiel die über 1 Milliarde Euro für soziale Hilfen, die in diesem Haushalt geplant sind. Wir erwarten geringere Einnahmen. Gleichzeitig haben unsere Aufgaben in der Pandemie zugenommen.

Und doch schlagen wir keinen Sparhaushalt vor, sondern mutige Investitionen, um alle urbanen Megathemen zu beschleunigen.

Das bedeutet im Ergebnis, dass der Haushaltsausgleich, der für Köln ja zum Greifen nah schien, sich leider wieder entfernt hat - durch den Einfluss der Pandemie und trotz unserer harten Arbeit für einen ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt.

Aber - und das ist mir unglaublich wichtig - anders als viele Kommunen im Land werden wir die Grenze des 5-prozentigen Vermögensverzehr nicht überschreiten. Dieser Haushalt bleibt trotz der Krise grundsolide.

Er steht für Verlässlichkeit und Stabilität. Denn wir haben uns bewusst entschieden, bisherige Strukturen und Förderungen weiterzuführen. Damit steht dieser Haushalt für die hohe Resilienz, die unsere Stadt und unsere Wirtschaft insgesamt an den Tag gelegt haben.

Und mehr noch! Dieser Haushalt ist ein echter Gestaltungshaushalt, der die urbane Transformation abbildet und forciert:

- Klimaneutralität, Mobilitätswende und attraktiver Stadtraum,
- beste Bildungschancen für alle und
- Digitalisierung.

Mit all dem ebnen wir den Weg hin zu einer smarten, enkeltauglichen und modernen Metropole im Herzen Europas.

Liebe Ratsmitglieder, wir haben alle mit Schrecken die Flutkatastrophe in der Region verfolgt. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Kölnerinnen und Kölner, die geholfen haben und mit angepackt haben! Sie haben die Mitmenschlichkeit über ihr Eigeninteresse gestellt. Ich bedanke mich sehr herzlich für diesen großartigen Akt der Solidarität.

(Beifall)

Obwohl wir hier im Rat schon vor über zwei Jahren den Klimanotstand ausgerufen haben, konnte sich kaum jemand ausmalen, dass eine solche Katastrophe in Deutschland möglich wäre. Und doch hat der Klimawandel unsere Breiten längst erreicht. Er bringt unser Leben und unseren Wohlstand in Gefahr. Spätestens jetzt muss wirklich jedem klar werden, dass der schnellstmögliche Umbau Kölns unser aller Auftrag ist.

Ich habe mehrfach deutlich gemacht, dass ich das Ziel der Klimaneutralität schnellstmöglich, jedenfalls für 2035, anstrebe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um die Erfüllung einer abstrakten Zielmarke. Es geht auch nicht mehr nur um den Erhalt der Welt für nachfolgende Generationen. Klimaneutralität ist schon für uns eine existenzielle Frage, und zwar hier und heute. Denn wir haben es bereits hier und heute mit einer veritablen Krise zu tun, der wir uns entschlossen und im gesamten Konzern Stadt stellen.

Das bedeutet auch, dass der Großteil der für die Klimaneutralität erforderlichen Anstrengungen in den Wirtschaftsplänen unserer Konzerntöchter wie der RheinEnergie, der KVB oder der Gebäudewirtschaft sichtbar wird.

Ungeachtet dessen begegnen wir dieser Krise auch im sogenannten Kernhaushalt mit einem starken Budget für Klimaschutz und Klimaanpassung. 76 Millionen Euro nehmen wir dafür in die Hand.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 3

Allein 20 Millionen Euro planen wir in 2022 sowie in den Folgejahren für einen zusätzlichen Investitionstopf unseres neuen Umwelt-, Klima- und Liegenschaftsdezernats ein. Damit werden wir ganz gezielt Maßnahmen fördern, die auf das Ziel der CO₂-Neutralität einzahlen - insbesondere beim klimaneutralen Wohnen.

Weitere 21 Millionen Euro fließen allein 2022 in die Mobilitätswende. Wichtige Posten sind:

- das Radwegesanierungsprogramm mit 20 Millionen Euro in der Mittelfristplanung,
- die Planung der Ost-West-Achse und
- die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn.

Ferner planen wir weitere Mobilitätsstationen im gesamten Stadtgebiet.

Zudem gehen wir den Weg der Neuaufteilung des Straßenraums konsequent weiter - in der Altstadt und in anderen Quartieren. Wir widmen Parkplätze um und investieren in Radabstellplätze, sichere Radwege und mobiles Grün - alles, um den öffentlichen Raum aufzuwerten und attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Auch bei der Entsiegelung und Begrünung von privaten Flächen bleiben wir am Ball.

Und natürlich setzen wir weiter auf die Bildung - etwa zum Thema Energiesparen. Denn klar ist auch: Wir können Klimaneutralität nicht per Dekret verordnen. Über 1 Million Kölnerinnen und Kölner müssen mit uns an einem Strang ziehen. Nur dann können wir unsere Ziele erreichen.

Liebe Mitglieder des Rates, das Stichwort „Bildung“ bringt mich zum nächsten Schwerpunkt dieses Gestaltungshaushaltes, der Stärkung der Bildung in unserer Stadtgesellschaft.

Sie wissen, dass wir gemeinsam - also Rat und Verwaltung - ein 1,7 Milliarden Euro schweres Schulbaupaket beschlossen haben. Im kommenden Jahr investieren wir über 370 Millionen Euro in Schulbaugroßprojekte und verwirklichen unsere Vorhaben nach Plan.

Als lernende Organisation haben wir zudem die Lehren aus der Pandemie gezogen. Wir erhöhen kräftig unsere Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen von rund 10 auf knapp 13 Millionen Euro und verdoppeln nahezu unsere Ausgaben für die Unterhaltung der bestehenden Ausstattung von über 6 auf 12 Millionen Euro.

Ich möchte in diesem Zusammenhang bereits auf ein geplantes Kompetenzzentrum bei der Stadt

hinweisen, das Schulen in Sachen Digitalisierung künftig berät und betreut. Dem entsprechenden Ausschuss werden wir hierzu im Herbst ein Konzept vorlegen.

Auch die gute Betreuung unserer Jüngsten ist ein zentrales Anliegen der Stadt Köln. Durch eine Herabsetzung und teilweise Übernahme von Eigenanteilen durch die Stadt in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro pro Jahr unterstützen wir die Träger, damit wir Kinderbetreuungsplätze weiter ausbauen und ihre Qualität sichern.

All das, meine Damen und Herren, sind wirklich gute Nachrichten für die Familien und für die jungen Generationen von heute und auch von morgen.

Sehr verehrte Ratsmitglieder, unsere Anstrengungen bei der Digitalisierung reichen selbstverständlich auch 2022 weit über die Schulhöfe hinaus. Wir werden jährlich knapp 12 Millionen Euro in den Ausbau unseres Gigabitnetzes investieren, damit unser Wirtschaftsstandort State of the Art und damit attraktiv für weltweit agierende Unternehmen bleibt.

Denn eines ist klar: Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Auch wenn wir vergangene Woche sogar vom Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen für die digitale Vorreiterrolle Kölns in der Pandemie gelobt werden: Jetzt gilt es, dranzubleiben und sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft auf Erfolgskurs bleibt.

Die Zeichen dafür stehen gut:

- Selbst im Krisenjahr 2020 gründeten sich in Köln 100 neue Start-ups.
- Diese Start-ups leisten bereits einen ganz konkreten Beitrag zum Wirtschaftsleben. Ich denke hier etwa an die Kölner Erfolgsprodukte RecoverApp und MeineCheckins, womit die Kontaktnachverfolgung für Gastronomie und Einzelhandel endlich komfortabel wurde - von Beginn an nutzergerecht entwickelt.
- Und: 10 Prozent aller Kölner Start-Ups zählen zum Bereich Deep Tech - einem echten Zukunftsfeld. In Köln verfügen wir nach London, Paris und Amsterdam über die meisten Softwareentwicklerinnen und -entwickler in ganz Europa. In Sachen Digitalisierung ist Köln Spitzenklasse - übrigens auch dank der rund 100 000 Studierenden an unseren Hochschulen.

Liebe Ratsmitglieder, Digitalisierung genießt darüber hinaus natürlich auch in der Verwaltung hohe Priorität, um schneller und besser zu werden.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 4

2022 wenden wir rund 130 Millionen Euro für unser Digitalisierungsprogramm auf - und hier sind noch nicht einmal die beiden Großprojekte „unbox Cologne“ und „Digitale Zukunftsstadt“ enthalten.

Mit unserer Digitalisierungsoffensive schaffen wir Tempo - beispielsweise, um Bauverfahren zu verkürzen. Zugleich vereinfachen wir natürlich die Prozesse. Es ist also nicht so, dass wir einfach die vorhandenen Prozesse digitalisieren und die Chance vergeben, sie ganz neu aufzusetzen. Ein gutes Beispiel ist sicherlich unser modernes digitales Förderportal, das wir Schritt für Schritt ausrollen und das auch schon in anderen Städten der Bundesrepublik kopiert wird.

All das haben wir im Haushalt berücksichtigt und ist dort gut investiert in eine moderne Verwaltung, die immer mehr zur Dienstleisterin und Ermöglicherin wird.

Das Thema Bauen hatte ich gerade schon kurz angesprochen. Und in der Tat: Wir können alle nicht zufrieden sein mit der Preisentwicklung für Mieten und mit den Wohnungsbauzahlen. Ich versichere Ihnen: Als Verwaltung geben wir alles, um Bauprozesse zu beschleunigen, geförderten Wohnungsbau zu realisieren und über Milieuschutzsatzungen und die Kontrolle zur Zweckentfremdung von Wohnraum die Mieten auch im Griff zu halten.

Zudem sind wir gerade dabei, ein umfangreiches Programm aufzulegen, um Investoren Anreize zu geben, damit sie neben dem klassischen geförderten sozialen Wohnungsbau insgesamt in preisgedämpften Wohnraum investieren. Rund 33 Millionen Euro ist uns das jährlich wert - und es ist unsere Kölner Antwort auf den Berliner Mietendeckel, der inzwischen ja passé ist.

Aber klar ist auch: Wir haben als Stadt nicht alles in der Hand. Umso glücklicher bin ich, dass wir uns als Stadt auf die GAG, unsere - wenn auch nicht unsere alleinige - Wohnungsbaugesellschaft, verlassen können. Sie wendet im nächsten Jahr 200 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnraum auf. Mehr als die Hälfte davon steht für sozial geförderte Wohnungen bereit.

Zu guter Letzt, meine Damen und Herren, komme ich zur Förderung unserer Kultur. Wie Sie vielleicht wissen, hat die Stadt München für die dortige Kulturszene massive Kürzungen beschlossen. Einige Beobachterinnen und Beobachter waren angesichts des Münchener Beschlusses bereits von einer Signalwirkung für kommunale Haushalte in ganz Deutschland ausgegangen.

Aber Köln geht hier ganz bewusst einen anderen Weg. Wir senden das Signal in Richtung Kulturschaffende: Auf uns ist Verlass!

Und: Wir haben in der Pandemie den Stellenwert der Kultur für unsere Gesellschaft noch einmal ganz klar erkannt. Der Kulturetats wächst, ob konkret bei den Bühnen, für das Projekt „Museen, Menschen, Medien“, das mehr Menschen ins Museum bringen wird, oder auch bei der Umsetzung des Kulturentwicklungsplans. Denn wir wollen unser bereits hohes Niveau auch in angespannten Haushaltsjahren halten, damit erstklassige Kultur in Köln über die Pandemie hinaus wirken kann und unsere Stadt lebenswert erhält und ihre Gesellschaft reflektiv und lebendig bleibt.

Liebe Ratsmitglieder, ich werfe jetzt natürlich nur einige Schlaglichter auf unseren 5-Milliarden-Euro-Haushalt. Aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass dies ein zukunftsgerechter Haushalt ist, der den urbanen Megathemen ordentlich Schub verleiht. Klima, Mobilität, Bildung, Digitalisierung, Wohnen, Soziales und Kultur - dieser Haushalt bringt Köln nach vorn.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wenden, weil es wirklich jedes Jahr wieder ein Kraftakt ist, den Haushalt aufzustellen. Danke, dass Sie mit weiterhin hoher Haushaltsdisziplin und dem nötigen fachlichen Weitblick diesen Haushalt vorbereitet und möglich gemacht haben! Insbesondere geht mein Dank an unser Dezernat II, also an die Kämmerei, für die großen Anstrengungen.

Liebe Ratsmitglieder, ich bitte Sie um grünes Licht zu diesem Entwurf für diesen zukunftsgerichteten Haushalt für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Damit ist meine Zeit hier oben auch schon abgelaufen; denn Frau Reker wird jetzt wieder diesen Platz einnehmen. - Ich bedanke mich. Sie haben mir die Zeit hier oben sehr leicht gemacht. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich gebe das Wort jetzt an die Stadtkämmerin ab. Frau Dr. Diemert.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 5

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitglieder des Rates der Stadt Köln! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, im Stream und hier im Rat! Zwei Jahre ist es her, dass ich das letzte Mal vor Ihnen gestanden habe und den Doppelhaushalt 2020/2021 erläutern durfte.

Zwei Jahre, in denen im Zuge der Pandemie und der jüngsten Hochwasserkatastrophe vermeintliche Gewissheiten wie Sand zwischen den Fingern zerronnen sind.

Zwei Jahre, in denen Krisenmanagement gefordert war und auch noch weiter gefordert sein wird.

Zwei Jahre, die auch ihre finanziellen Spuren hinterlassen haben und die den steten Aufwärtstrend der jüngeren Vergangenheit jäh, wirklich jäh unterbrochen haben.

Das hat uns alle - Politik ebenso wie Verwaltung - in Atem gehalten. Und es galt und gilt, Antworten auf drängende Fragen zu finden.

Vier Aspekte, sehr geehrte Damen und Herren, waren dabei leitend, vier Themenkreise, an denen ich mich auch heute orientieren will:

Erstens. Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?

Zweitens. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus für unseren neuen Haushalt?

Drittens. Ganz wesentlich - denn Corona ist ja beileibe nicht alles -: Wie begegnen wir den konkreten zahlreichen Zukunftsaufgaben für diese Stadt?

Viertens. Und schließlich: Wie kann es auch über 2022 hinaus weitergehen? Was heißt das alles für die Zukunft und insbesondere für den von uns angestrebten Haushaltsausgleich?

Sehr geehrte Ratsmitglieder, lassen Sie mich zunächst einen Blick zurück werfen: Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?

Schon bei der Aufstellung des letzten Haushaltes - der eine oder andere wird sich erinnern - hatten wir eine konjunkturelle Abkühlung erwartet und unsere Steuern damals deutlich vorsichtiger geplant.

Der Rat ist diesen Weg mehrheitlich mitgegangen und hat - trotz zahlreicher Wünsche und Erwartungen, die an ihn herangetragen worden sind - im Haushaltsberatungsprozess Augenmaß gewahrt.

Rückblickend zeigt sich: Das war der richtige Schritt. Ohne ihn wären die heutigen Deckungslücken noch viel größer.

Doch trotz aller Vorsicht: Der konjunkturelle Einbruch in Gestalt der Corona-Pandemie kam schneller, und er kam heftiger als erwartet. Die Auswirkungen werden wir noch einige Jahre lang spüren, auch deutlich über den aktuellen, Ihnen jetzt vorliegenden Haushalt hinaus.

Nur damit Sie ein Gefühl für die Größenordnung haben, über die wir hier sprechen:

Im Verhältnis zu unseren Planungen aus der Zeit vor der Krise fehlen uns bei den wesentlichen Steuererträgen rund 291 Millionen Euro. Das sind mehr als 10 Prozent unseres damaligen Planungsniveaus.

Und auch im Vergleich zu unserem deutlich vorsichtigeren Doppelhaushalt 2020/2021 mussten wir unsere Prognosen noch einmal schmerzlich nach unten korrigieren. Bei der Gewerbesteuer liegen wir derzeit rund 94 Millionen Euro unter der bisherigen Planung. Bei der Einkommensteuer, bei der sich die Kurzarbeit deutlich bemerkbar macht, ist es sogar noch dramatischer. Hier fehlen uns rund 111 Millionen Euro oder gut 15 Prozent.

Auch bei den Ausschüttungen unserer Beteiligungen haben wir vorsichtiger kalkuliert. Hier gehen wir derzeit - je nach Szenario und einem möglichen ÖPNV-Rettungsschirm - von Mindererträgen in Höhe von etwas über 30 Millionen Euro aus.

Sehr geehrte Mitglieder dieses Rates, das alles sind Lücken - Lücken, die es erst einmal zu schließen gilt.

Erwartungsgemäß zeigen sich die Folgen dieses Einbruchs erst mit Zeitverzögerung in unserem Haushalt.

Im ersten Jahr der Pandemie, in 2020, haben noch zahlreiche Hilfen unseren Haushalt gestützt - in Höhe von etwas über 200 Millionen Euro.

Nur dank dieser Hilfen und auch dank eines konsequenten Managements bei uns vor Ort werden wir das Jahr 2020 wohl mit schwarzen Zahlen abschließen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine große Erleichterung. Mein Dank gilt all denen, die sich für diese schnelle und tatkräftige Unterstützung auch der kommunalen Haushalte eingesetzt oder diese ermöglicht haben. Im Namen dieser Stadt: Vielen, vielen Dank dafür!

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 6

(Beifall)

Sehr geehrte Ratsmitglieder, gleichzeitig bereiten mir diese guten Zahlen tatsächlich auch Sorge - die Sorge nämlich, dass sich die Entscheidungsträger*innen in Bund und Land, dass wir uns alle in falscher Sicherheit wiegen, dass wir uns der Illusion hingeben, die Krise der kommunalen Haushalte sei abgewehrt und weitere Hilfen würden nun nicht mehr nottun.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist beileibe nicht der Fall:

- Derzeit zeichnet sich nicht ab, dass die Hilfen bei der Gewerbesteuer fortgeführt werden.
- In diesem und im kommenden Jahr wird sich erst zeigen, ob die in unseren Büchern stehenden und in der Krise ja zunächst nur gestundeten Steuerforderungen tatsächlich einbringlich sind.
- Und erst auf der Strecke, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind und wenn wegen eines anlaufenden Betriebs aber auch keine Kurzarbeit mehr möglich ist, geht es für viele - ja, auch für kommunale - Unternehmen ans Eingemachte.
- Bei der Messe, beim Flughafen, im Kultur- und Sportbereich, ja, im gesamten Veranstaltungs-, Reise- und Tourismusgeschäft sind wir immer noch gefühlte Lichtjahre von einer Vor-Corona-Normalität entfernt. Und ja, das hat Folgen: Die Eigenkapitaldecke wird dünner, Betriebskostenzuschüsse müssen aufgestockt werden, Ausschüttungen fallen niedriger oder ganz aus.

Dies bringt mich zu dem zweiten Themenkreis: Welche Schlussfolgerung ziehen wir? Was bedeuten die massiven Einbrüche für unseren neuen Haushaltsplan?

Diese Frage, sehr geehrte Ratsmitglieder, war eine der drängendsten Fragen in den vergangenen eineinhalb Jahren.

Die Antwort darauf ist ebenso klar wie gradlinig: Konsequenz bleiben! Handlungsfähig bleiben! Abgewogen und zielorientiert handeln!

Diese Grundhaltung haben wir mit zahlreichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie unter Beweis gestellt, und davon ist auch dieser Haushaltsentwurf geprägt.

Dieser Haushalt ist - das hat auch schon die Oberbürgermeisterin gesagt - bewusst kein Sparhaushalt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Wir haben uns im Gegenteil entschieden, Strukturen und Budgets weitestmöglich auf dem Vor-Corona-Niveau abzusichern und quasi, wenn Sie so wollen, das 2019er-Niveau quer durch die Krise zu schreiben, also zu retten.

Und obwohl wir immer wieder - zuletzt von der Gemeindeprüfungsanstalt - attestiert bekommen, dass unsere Steuersätze hier in Köln vergleichsweise niedrig sind, werden wir die Löcher, die bei uns im Haushalt entstehen, nicht durch Steuererhöhungen bei der Gewerbe- oder der Grundsteuer schließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU sowie von Christian Joisten [SPD])

Zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass damit die Möglichkeiten für neue Aufgaben, Ausweitungen und Zusetzungen begrenzt sind.

Deshalb haben wir im Planungsprozess alle Anmeldungen kritisch hinterfragt, Budgets teilweise enger geschnitten und Puffer im Haushalt reduziert - mit einem Ziel: trotz der schwierigen Gesamtsituation Spielräume für Zukunftsthemen, für Schwerpunkte zu schaffen.

Und das, sehr geehrte Ratsmitglieder, ist meines Erachtens sehr gut gelungen.

Damit bin ich beim dritten Aspekt: Wie begegnen wir in unserem Haushalt den zahlreichen Herausforderungen der Zukunft?

Ein paar harte Fakten vorweg:

Trotz massiver Einbrüche auf der Ertragsseite werden für die Aufgaben dieser Stadt 2022 insgesamt 5,27 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Das sind 130 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr.

Davon entfallen 2,17 Milliarden Euro und damit über 40 Prozent unseres Etats auf die Produktbereiche Soziale Hilfen sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Deshalb dazu ein paar weiterführende Erläuterungen:

- Wir haben hohe Steigerungsraten bei der Eingliederungshilfe. Kostentreiber sind hier die Aufwendungen für Schulbegleiter im Rahmen der schulischen Inklusion.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 7

- Sehr stark steigen auch die Kosten für die Wohnungsnotfallprävention - eine Folge der Entwicklung am Kölner Wohnungsmarkt.
- Leider bleiben auch die Kostenpauschalen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich hinter den tatsächlichen Kosten und Standards in Köln zurück.

(Zuruf: Hört! Hört!)

- Im Bereich der Jugendhilfe gibt es - ich sage Ihnen hier leider nicht Neues - weiter konstant steigende Fallzahlen und -kosten.
- Bei der Kindertagesbetreuung schlägt sich der Zuwachs an Betreuungsplätzen in den Zahlen nieder. Außerdem machen sich die finanziellen Folgen des Kinderbildungsgesetzes - wie schon in meiner letzten Haushaltsrede angekündigt - mit einem Mehraufwand von zusätzlich rund 43 Millionen Euro bemerkbar.
- Bei den Schulträgeraufgaben gibt es ein Plus von 34,6 Millionen Euro oder fast 8 Prozent. Das ist insbesondere eine Folge - und das ist positiv - von Neu- und Umbauten und der Digitalisierung im Schulbereich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt sowie von Christian Joisten [SPD])

- Immerhin: Der Bund hat seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft deutlich erhöht. Hier ist - wohl auch dank Corona - ein wegweisender Durchbruch gelungen, und es wurde eine uralte Forderung der Städte erfüllt. 2022 bedeutet das für Köln Mehrerträge in Höhe von 61,6 Millionen Euro. Auch das ist eine Ansage, finde ich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Christian Joisten [SPD])

Generell ist jedoch festzustellen, dass diese Bereiche von einer starken gesetzlichen und finanziellen Dynamik geprägt sind.

Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land dem Konnexitätsgedanken, also dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“, bitte schön, auch endlich gerecht werden.

Sehr aufmerksam werden wir deshalb Entwicklungen bei der Ganztagsbetreuung beobachten.

Wie wichtig hier eine ausreichende Finanzierung ist, zeigen jedenfalls unsere Zahlen. Im Vorgriff auf die angekündigten Gesetze haben wir einen sukzessiven Ausbau auf bis zu 34 300 Plätze be-

rücksichtigt. In Zahlen bedeutet das voraussichtlich jährliche Mehraufwendungen in Höhe von über 16 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren, von enormer Bedeutung für unseren Haushalt sind auch die Personalaufwendungen. 2022 werden wir rund 1,3 Milliarden Euro - und damit fast ein Viertel unseres Budgets - für Personalaufwendungen bereitstellen. Um schlagkräftig auf die diversen Herausforderungen reagieren zu können, haben wir hierbei ein Kontingent für 252 Mehrstellen, für die keine anderweitige Refinanzierung, also beispielsweise durch Fördermittel, vorliegt, eingepreist.

Auch der Abbau des Investitionsstaus bleibt eine der zentralen Herausforderungen dieser Stadt.

Im Jahr 2022 stehen im Kernhaushalt allein für Investitionen im engeren Sinne rund 642 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind - und diese Zahlen können sich sehen lassen, finde ich - rund 146 Millionen Euro mehr als noch im letzten Haushaltsjahr.

Darin enthalten sind wichtige Infrastruktur- und Großprojekte, aber auch ein erstmalig aufgelegtes Programm für zusätzliche Klimaschutzinvestitionen im Kernhaushalt von jährlich 20 Millionen Euro.

Daneben werden wir mit städtischen Mitteln im Rahmen der Konzernfinanzierung einzelne gesamtstädtisch wichtige Projekte finanzieren. Beispielsweise verweise ich auf die zur Modernisierung des ÖPNV geplante Anschaffung neuer Nieder- und Hochflurfahrzeuge mit einem sich über mehrere Jahre erstreckenden Gesamtfinanzierungsvolumen von bis zu 1,24 Milliarden Euro.

Diese Auflistung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ließe sich auch für viele weitere Bereiche beliebig fortsetzen. Dann säßen wir wahrscheinlich morgen noch hier. Auch wenn dieser Rat wirklich dafür bekannt ist, dass er Sitzfleisch hat, will ich uns das allen nicht antun. Unsere Oberbürgermeisterin hat Ihnen gerade einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Schwerpunkte gegeben, auf die ich hier verweisen möchte.

Fest steht in jedem Fall: Wir werden mit dem Haushalt 2022 viel bewegen.

Allerdings muss ich Ihnen auch ohne Wenn und Aber sagen: Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir werden uns gewaltig anstrengen müssen, unsere Gestaltungsambitionen mit Finanzierungsrealismus zu verbinden.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 8

Und damit bin ich bei meinem letzten Themenkreis: Was bedeutet das alles für die Zukunft, insbesondere für den angestrebten Haushaltsausgleich?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten uns für 2022 realistische und gleichzeitig ehrgeizige Ziele vorgenommen. 2022 - so unser Plan - sollte der Haushalt unserer Stadt ausgeglichen und damit der schleichende Verzehr des städtischen Vermögens endlich beendet werden.

So schmerzlich es auch ist: Dieses Ziel, dieses wichtige und richtige Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir - Stand heute - aus eigener Kraft nicht erreichen können.

Derzeit gehen wir vielmehr davon aus, dass das Jahr 2022 planerisch mit einem Minus von rund 222 Millionen Euro schließen wird. Der damit einhergehende Eigenkapitalverzehr, die sogenannte Entnahmekquote, liegt dann bei rund 4 Prozent.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind keine schönen Zahlen - beileibe nicht. Im Gegenteil: Das sind tiefrote Zahlen.

Und gleichzeitig ist wichtig: Es sind Zahlen, die leben - Zahlen, die sich verändert haben und sich auch noch verändern werden.

Wie komme ich zu dieser Einschätzung?

Erstens. Diese Zahlen sind deutlich besser, als wir es noch bis vor Kurzem befürchten mussten. Der Ihnen vorliegende Planentwurf weist noch ein Defizit von rund 319 Millionen Euro und im ersten Jahr einen Eigenkapitalverzehr von 5,84 Prozent und damit über der magischen 5-Prozentschwelle aus.

Die Verbesserung beim Defizit um rund 100 Millionen Euro ist eine ganz aktuelle Entwicklung, die wir daher in den 1. Veränderungsnachweis, der Sie ebenfalls heute erreicht hat, aufgenommen haben.

Zweitens. Wir rechnen damit, dass wir Ihnen - je nach Signal aus dem Düsseldorfer Landtag - in den kommenden Wochen einen weiteren Veränderungsnachweis vorlegen können. Mit der geplanten Verlängerung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen - das Gesetz heißt halt so - werden wir die sogenannten coronabedingten Schäden im Haushalt isolieren und qua Gesetz quasi ausbuchen können.

Derzeit gehen wir davon aus, dass diese Corona-Schäden 2022 bis an die 200 Millionen Euro heranreichen könnten. Wenn wir diese nun ausbuchen könnten, würde sich unser geplantes Defizit von minus 222 Millionen Euro quasi auf einen Schlag in Luft auflösen. Der angestrebte Haushaltsausgleich wäre dann so gut wie erreicht.

Also alles gut? Nein, liebe Ratsmitglieder. Nein! Jedenfalls dann nicht, wenn wir verantwortungsvolle, nachhaltige Finanzpolitik wollen - eine Finanzpolitik, die auch unseren Kindern und Enkelkindern noch Spielräume bewahrt.

Warum, werden Sie sich fragen, angesichts dieser verbesserten Zahlen dieses eindeutige Nein?

Zunächst: Die deutliche Verbesserung um rund 100 Millionen Euro liegt nicht daran, dass sich die Situation hier vor Ort entspannt hätte. Die Verbesserung hat ihren Grund allein darin, dass sich die Landesregierung angesichts der Steuerrückgänge kürzlich entschlossen hat, den kommunalen Finanzausgleich 2022 aus Landesmitteln zusätzlich zu stützen.

Dieser Schritt der Landesregierung ist - das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen - sehr zu begrüßen. Er wird uns 2022 massiv entlasten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Allein: Diese Unterstützung, diese Verbesserung soll nur im Wege einer Kreditierung - also auf Pump - erfolgen.

Das heißt: Wir dürfen uns gerade nicht darauf verlassen, dass diese Hilfe auch in Folgejahren fließen wird. Nein, im Gegenteil: Wir müssen davon ausgehen, dass wir diese Mittel über kurz oder lang zurückzahlen werden müssen.

Außerdem hat das Land eine Reform bei der Verteilung der Finanzausgleichsmittel angekündigt - eine Reform, die, je nachdem, wie sie ausgeht, auch Umverteilungsverluste für die Stadt Köln bedeuten könnte.

Sie verstehen daher hoffentlich, warum ich zur Vorsicht mahne und warum wir uns auf diesen Verbesserungen nicht ausruhen dürfen.

Das gilt erst recht und noch viel mehr mit Blick auf die angekündigte Corona-Isolation. Denn auch wenn diese Bereinigung um die Corona-Effekte zeigt, dass wir sehr solide gewirtschaftet haben: Das alles sind Zahlen nur auf dem Papier. Es sind Zahlen, die die tatsächliche Lage nicht wiedergeben.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 9

Das Ausbuchen hat ja gerade nicht zur Folge, dass die Belastungen weg sind. Nein, die Belastungen werden nur in die Zukunft geschoben. Sie werden uns in späteren Haushaltsjahren sicher wieder erreichen. Wir werden lediglich die Wahl haben, ob wir die Belastungen Ende 2024 in einem Schlag abbauen oder ob wir - und die kommenden Generationen - sie über 50 Jahre im Haushalt abstottern werden.

Ich hatte die Frage gestellt: Was macht Corona mit dem angestrebten Haushaltsausgleich?

Meine Antwort lautet: Ohne Corona wäre der Haushaltsausgleich realistisch zu erreichen gewesen. Mit Corona sehen die ehrlichen Zahlen jedenfalls für 2022 ernüchternd aus. Wohlgemerkt: ernüchternd - nicht hoffnungslos.

Und damit sollten wir den Blick in die Zukunft richten. Denn wir sind auf dem richtigen Weg. Unsere Zahlen zeigen nämlich auch:

- Wir verfügen weiterhin - trotz allem - über eine sehr solide und starke Steuerbasis, um die uns viele Städte beneiden.
- Auch ohne die Schönheitskur der Corona-Isolation werden wir sicher unter der gesetzlichen Schwelle zur Haushaltssicherung bleiben.
- Und selbst wenn der Haushaltsausgleich im Jahr 2025 noch nicht in trockenen Tüchern ist: In einer gemeinsamen Anstrengung ist er greifbar.

Das, liebe Ratsmitglieder, sollte daher Anspruch und Anreiz zugleich sein - Anreiz, den eingeschlagenen Weg zum Haushaltsausgleich weiterzugehen - für uns und für Sie.

Es mag nicht allen gefallen, liebe Ratsmitglieder. Aber auch wenn unsere Stadt bisweilen eine echte Wundertüte ist, kommen wir alle gemeinsam an einer Erkenntnis nicht vorbei: Auch hier, ja, auch hier in Köln ist das Budget endlich und kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Zur Ehrlichkeit gehört deshalb dazu, dass wir uns nicht alles - und erst recht nicht alles gleichzeitig - leisten können.

Vonseiten der Verwaltung haben wir einen Planentwurf vorgelegt,

- der eine gesunde Mischung enthält,

- der trotz massiver Ertragseinbrüche Zukunft schafft und

- der eine solide Abwägung von Chancen und Risiken vornimmt.

Gleichzeitig ist es gelungen, den Haushaltsentwurf erneut so frühzeitig vorzulegen, dass wir - wenn alles glattgeht - mit einem rechtzeitig beschlossenen und wirksamen Haushalt in das neue Jahr starten können.

Das war nur möglich, weil die Oberbürgermeisterin und meine Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand, aber auch viele, viele Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen und Ämtern diese Aufgabe gemeinsam gestemmt haben. Für diesen Schulterschluss möchte ich mich hier an dieser Stelle bei Ihnen allen, bei euch allen ausdrücklich bedanken.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Dank geht in Richtung Kämmerei. Ganz viele von ihnen sind heute hier dabei. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei, jeder Haushalt schreibt seine eigenen Geschichten. Es waren und es sind besondere Zeiten - mit sich dynamisch ändernden Zahlen und einem bis heute unklaren Rechtsrahmen.

Und auch die Unwetterkatastrophe vor einem Monat hat vor einigen von uns nicht haltgemacht. Ich finde es bemerkenswert, dass die Kolleg*innen trotz Evakuierung und trotz Ungewissheit über das eigene Hab und Gut stets Verbindung zum Team gehalten haben und unterstützt haben, teilweise aus der Notunterkunft heraus, teilweise mit Unterstützung des nachbarlichen WLANs.

Es ist jedenfalls ihrer aller unsichtigen und manchmal mühevollen Arbeit zu verdanken, dass der Haushalt im Entwurf heute vorliegt. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt, meine sehr geehrten Ratsmitglieder, legen wir den Haushaltsentwurf in Ihre Hände. Falls ich mir wünschen darf, dass eine Botschaft hängen bleibt, dann diese: Ja, es sind stürmische Zeiten - aber die Perspektive gen Haushaltsausgleich ist da. Jetzt gilt es, Augenmaß zu wahren und Kurs zu halten - hin zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzwirtschaft.

Dafür wünsche ich Ihnen, wünsche ich uns allen gute, konstruktive Beratungen. - Vielen herzlichen Dank.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 10

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Diemert.

Wie eingangs erläutert, meine Damen und Herren, soll die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

1.2 Einbringung des 1. Veränderungsnachweises Verwaltung zum Entwurf des Haushaltsplans 2022 2605/2021

Auch diese Vorlage soll, wie erläutert, zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Wir kommen zu:

2 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe auf:

2.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Auflösung des Dezernats IX nach dem jüngsten Personalbesetzungsdesaster“ AN/1565/2021

Dazu gebe ich Herrn Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg: Herr Kienitz, Bedrohung von Ihnen und Ihrem persönlichen Umfeld verurteilt die AfD-Fraktion. So etwas ist absolut inakzeptabel.

Meine Damen und Herren, ein politisches Peinlichkeitstheater ist das Besetzungsverfahren um die Beigeordnetenposten in der Stadt Köln. Aber der Reihe nach:

In Corona-Zeiten kommt das neue Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt überein, dass man den Verwaltungsvorstand mit zwei neuen, wohldotierten Beigeordnetenstellen erweitern möchte. Man wollte sich also in Zeiten der Not einen gepflegten Schluck aus der Pulle nehmen.

Dann kursieren schon gleich die Namen von Herrn Wolfgramm und Herrn Kienitz. Wozu dann überhaupt noch eine steuerzahlerfinanzierte Ausschreibung?

Dieser gesamte Vorgang steht symbolhaft für die Verbonzung und Politisierung unserer Verwaltung durch das Altparteienkartell in Deutschland. Köln ist da leider Spitzenreiter.

(Beifall bei der AfD)

Immer öfter wird die öffentliche Verwaltung missbraucht, um Altparteienpolitiker zu versorgen: im Bund Armin Schuster, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter, jetzt Leiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, oder Andrea Nahles, frühere SPD-Ministerin, jetzt Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation. Rot-Grün in NRW nicht besser: Frau Lütkes, frühere Grünen-Ministerin, dann Regierungspräsidentin in Düsseldorf, oder Frau Walsken, jetzt Regierungspräsidentin in Köln, davor im Landtag.

Das sind nur Beispiele für ein Auffangnetz für Parteifreunde des Altparteienkartells.

Das schädigt aber das Vertrauen der Bürger in unseren Staat und seine Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Staatsversagen konnten wir jetzt gerade wieder in Afghanistan sehen. Und das findet hier jeden Tag und an vielen Stellen statt.

Frau Walsken ist ja die Chefin der Behörde, die Medienberichten zufolge wohl die Nichteignung von Herrn Kienitz festgestellt hat. Welche Pirouette der Politik! Herr Petelkau wird ja schon mit den Worten „Intrige“ in der Presse zitiert oder wiedergegeben. Schwarzer Klüngel gegen roten Klüngel wohl!

Frau Oberbürgermeisterin, die Antwort auf die Anfrage der LINKEN zum Thema hat nichts aufgeklärt. Haben Sie etwas zu verbergen? Waren es nun Einwände der Bezirksregierung oder Bedrohungen gegen Herrn Kienitz, die seinen Rückzug verursacht haben? Ich bin gespannt, wie sich die Landesregierung final dazu einlassen wird. Da laufen nämlich mehrere Kleine Anfragen zu dem

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 11

Thema. Sie haben zumindest nichts zur Aufklärung beigetragen.

Sie haben im Juni 2016 im Deutschlandfunk Kultur ein viel beachtetes Interview gegeben, in dem Sie die Parteienwirtschaft in Köln und den daraus resultierenden Qualitätsverlust kritisiert haben.

Sie haben die Schaffung des wohldotierten Geschäftsführerjobs für Herrn Börschel verhindert. Jetzt machen Sie aber die gleiche Klüngerlei mit. Wollten Sie es nicht anders machen?

Meine Damen und Herren, wir haben Corona und das Leid der Flut im Kölner Umland mit vielen Menschen vor dem wirtschaftlichen Ruin. Da kann die Stadt Köln nicht einfach zwei wohldotierte Stellen - plus weitere Stellen; es ist ja immer ein ganzer Stab, der dann mitkommt - schaffen.

Der Rat kann die Besetzung dieser Stelle noch verhindern und ein Signal gegen die parteipolitische Verbonzung, egal welcher Couleur, setzen. Köln sollte hier endlich einmal einen positiven Standard setzen.

(Beifall bei der AfD)

Der Leistungsgedanke und die im Grundgesetz geforderte Bestenauslese müssen der Maßstab für die Kölner Verwaltung sein - und nicht das Parteibuch. Den klassischen Fachbeamten müssen wir signalisieren, dass sie eine reelle Chance auf Spitzenpositionen ohne parteipolitische Klüngerlei haben.

Stimmen Sie daher bitte unserem Antrag zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 2.1.4 aufrufe, gestatten Sie mir bitte, dass ich auch in Anbetracht meines Vorredners die Gelegenheit ergreife und mich zur Transparenz des Besetzungsverfahrens der Beigeordneten äußere.

Ich muss feststellen, dass bei manchen Beobachtenden der Eindruck entstanden ist, das Auswahlverfahren bei einem der Beigeordneten sei nicht regelkonform abgelaufen. Diesem Eindruck, der sich in Ihren Fragen oder auch in Pressemitteilungen aufdrängt, trete ich ausdrücklich und entschieden entgegen. Ich versichere Ihnen, dass alle Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurden und niemand in den Genuss von Privilegien kam oder etwa unsachgemäß aussortiert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werbe heute bei Ihnen für mehr Zurückhaltung in der Debatte um die Wahl von Beigeordneten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Wir möchten doch alle, dass sich die klügsten Köpfe auch weiterhin für die Stadt Köln entscheiden, statt sich von politischen Kampagnen abschrecken zu lassen.

Zum Thema Transparenz möchte ich hinzufügen: Die Verfahren sind transparent und nachvollziehbar. Aber sie sind nicht von Beginn an öffentlich. Das hat gute Gründe. Denn Bewerberinnen und Bewerber haben natürlich den Anspruch auf Vertraulichkeit und auf Diskretion. Bei der Gewinnung von Personal für unsere Stadtverwaltung kommt es vor allem auf eines an: auf Vertrauen. Insbesondere, wenn sich jemand aus einer bestehenden Aufgabe heraus bei der Stadt Köln bewerben will - ich habe es ja selbst erlebt und auch gemacht - und darum bittet, die Bewerbung vertraulich zu behandeln, möchte sie oder er den eigenen Namen eben noch nicht in der Zeitung lesen.

Wenn man sich darauf nicht verlassen kann, werden sich viele zweimal überlegen, ob sie ihren Hut überhaupt in den Ring werfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Selbstverständlich hat der Rat als höchstes demokratisches Gremium der Stadt mit der Wahl der Beigeordneten das letzte Wort in diesem Verfahren. Und selbstverständlich steht es Ihnen allen als Ratsmitgliedern frei, Akteneinsicht zu nehmen und auch bis zuletzt Vorschläge für die Wahl zu machen.

Es steht dem Rat ebenfalls frei, ein Anforderungsprofil festzuschreiben, und auch, eine Entscheidung über den Ablauf des Verfahrens zu treffen - zum Beispiel, ob eine Auswahlkommission aus der Mitte des Rates überhaupt gewünscht ist.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 12

Das hat allerdings dieser Rat am 6. Mai 2021 gerade nicht getan, sodass der Dringlichkeitsantrag für die Wahl der Beigeordneten oder des Beigeordneten für Kunst und Kultur einfach zu spät kommt.

Und eines möchte ich zudem klarstellen: Was den Vorschlag betrifft, den die Oberbürgermeisterin dem Rat unterbreitet, so hat der Rat, so haben Sie beschlossen, diese Verantwortung sowie die Führung des Verfahrens der Oberbürgermeisterin zu übertragen, und diese Verantwortung habe ich wahrgenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt auf:

2.1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Die PARTEI betreffend „Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur“ AN/1603/2021

Das Wort hat Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung hat unter anderem gezeigt, dass die Art und Weise, wie in Köln Beigeordnete gewählt werden, im Ergebnis nicht transparent und für die Stadtgesellschaft nicht nachvollziehbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Eines dürfte uns aber allen klar sein: Aus diesen Geschehnissen rund um das Bewerbungsverfahren und auch der Beschwerde der Fraktionen an die Bezirksregierung sollten wir die richtigen Schlüsse ziehen.

Meine Damen und Herren, eine selbst ernannte Auswahlkommission, deren Mitglieder dem Rat der Stadt Köln nicht bekannt sind, hat sich in Anwesenheit von Oberbürgermeisterin Reker am 16. August 2021 dafür ausgesprochen, Herrn Stefan Charles als Beigeordneten für Kunst und Kultur vorzuschlagen.

Der Antrag der LINKEN und der FRAKTION vom 13. August 2021 versucht, diese Fehlentwicklung zu verhindern. Die Oberbürgermeisterin, Frau Reker, und der CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Petelkau, haben unseren Antrag ignoriert und Fakten geschaffen. Deshalb ist unser Antrag hier umso wichtiger.

Im Lichte dieser unglücklichen Wahlen müssen wir uns daher alle die Frage stellen, ob das gängige Verfahren nicht auf den Kopf gestellt werden muss - zum einen, weil das bekannte Verfahren nicht den Voraussetzungen des § 71 Gemeindeordnung NRW entspricht, und zum anderen, was auch sehr wichtig ist, aus unserer Verpflichtung und unserem Anspruch, unsere kommunalen Wahlbeamten in einem transparenten und alle Ratsmitglieder umfassenden Verfahren zu wählen.

Dass in Köln das Vorschlagsrecht einer der wichtigsten Faktoren ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir als Ratsmitglieder, jeder Einzelne der Ratsmitglieder hier im Raum, in Gänze den kommunalen Wahlbeamten wählen. Nicht eine Fraktion und auch nicht ein sogenanntes Mehrheitsbündnis wählt den kommunalen Wahlbeamten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beigeordneten werden vom Rat gewählt. So steht es in § 71 Abs. 1 Satz 3 Gemeindeordnung NRW.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was bedeutet das für die Praxis? Ein Blick in die Kommentierung und die Rechtsprechung gibt ganz klare Vorgaben. Ich zitiere - denn es ist doch wichtig, zu wissen, welche Rechte die Ratsmitglieder hier in diesem Rat haben -:

Den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft steht das Recht zu, sich über das Ergebnis der Stellenausschreibung sowie über den Werdegang und die Qualifikation der Bewerber vor der Entscheidung des Rates frei zu informieren. Dieser Informationsanspruch umfasst alle Bewerber, soweit sie nicht aus eigenem Entschluss die Bewerbung zurückgezogen haben. Ob und weshalb ein vorgeschlagener Kandidat besser geeignet ist als andere, lässt sich nur bei Kenntnis des gesamten Bewerberfeldes beurteilen.

Dazu gehören komplette Bewerbungsunterlagen - auch Lebensläufe, Anschreiben und alle weiteren Unterlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Informationsrecht jedes einzelnen Mitglieds der Vertretungskörperschaft beinhaltet eine möglichst umfassende Informationsmöglichkeit. Nur

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 13

dadurch kann jedem einzelnen Mitglied eine praktikable Möglichkeit eröffnet werden, eine eigene und vom Mehrheitsvotum abweichende Vorstellung einzubringen und eine geänderte Beschlussfassung zu erwirken.

Damit jedes Ratsmitglied auch die notwendige Informationsmöglichkeit erhält, darf die Entscheidung über die Wahl des kommunalen Wahlbeamten nicht alleine in die Hände eines Bündnisses gegeben werden. Dann hat ja sogar die sogenannte Findungskommission, die wir auch nicht beschlossen haben, das Vorschlagsrecht und entscheidet.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag, dass eine Kommission unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen und Gruppen gebildet wird. Eine Kommission böte mehr Transparenz und eine breitere Ratsbeteiligung. Es würde uns gut zu Gesicht stehen, wenn die Vorbereitung der Wahl aus den Hinterzimmern dorthin geholt wird, wohin sie auch gehört, nämlich hier in diesen Rat.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere das Bündnis sollte sich vielleicht die Frage stellen, ob es von Respekt oder auch von einem tiefen demokratischen Verständnis zeugt, wenn Ratsmitglieder ihre Rechte nicht ausüben können, weil sie von der Vorbereitung der Wahl zum Teil ausgeschlossen werden.

Ich möchte gern anhand einiger Punkte darstellen, warum dieser Antrag weiterhin wichtig ist.

Wird unser Antrag heute nicht beschlossen, besteht die Gefahr, dass am nächsten Montag möglicherweise eine rechtswidrige Entscheidung über die Wahl eines Beigeordneten für Kunst und Kultur stattfindet, ohne dass allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, alle Bewerbungen vollständig einsehen zu können - und das mit Namen.

Ich möchte hier auch noch Folgendes anmerken: Als wir zusammen mit Herrn Kockerbeck letzten Freitag Akteneinsicht genommen haben, hatten wir da keine Klarnamen, sondern nur anonymisierte Bewerbungsprofile. Insofern werden wir am nächsten Freitag erneut Akteneinsicht nehmen. Ich erwarte, dass zu diesem Zeitpunkt alle Namen veröffentlicht sind, sodass wir als Ratsmitglieder die entsprechenden Informationsmöglichkeiten haben, um dann auch wirklich entscheiden zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen. Frau Oberbürgermeisterin Reker hat einzelnen Ratsmitgliedern gesonderte Informationen über die Bewerbung von Kandidatinnen und Kandidaten ermöglicht. Ein solches Verfahren verstößt gegen § 71 Gemeindeordnung.

Frau Reker, Sie haben gesagt, wir könnten selber Namen nennen. Das würden wir ja gerne tun, wenn wir wüssten, wer sich denn beworben hat. Wenn wir nur anonymisierte Bewerbungsprofile haben, wissen wir das natürlich gar nicht.

Deswegen noch einmal die Bitte: Wenn wir am Freitag erneut Akteneinsicht nehmen, muss es so sein, dass wir Klarnamen haben, dass wir Lebensläufe haben und dass wir wissen, warum sich die Menschen auf diese Stelle beworben haben. Sie können sich gern die Akten noch einmal anschauen. Und deswegen glaube ich - -

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist das Recht der Bewerber, sich zurückzuziehen!)

- Das ist richtig. Natürlich hat jeder Bewerber das Recht, seine Bewerbung zurückzuziehen. Diese Bewerbungen meine ich überhaupt nicht. Es geht nicht darum, dass ich mir Bewerbungen anschauen möchte, die Menschen wieder zurückgezogen haben. Ich möchte gern die Bewerbungen von Menschen sehen, die sich beworben haben und noch im Bewerbungsverfahren sind. Das ist unser Recht, glaube ich.

Deswegen ist es sehr, sehr wichtig, dass dieser Antrag heute beschlossen wird. Ich denke einfach, dass wir diesen Weg nicht mehr gehen können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, jetzt ist Ihre Redezeit wirklich abgelaufen.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ich komme gleich zum Ende, Frau Reker. - Ich halte es auch noch für wichtig, demnächst in der Findungskommission gemeinsam Beigeordnete zu wählen.

(Unruhe)

Denn das ist unser Recht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 14

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Danke schön.

(Beifall - Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. - Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Gleiches Recht für alle! Wir sind auch Antragsteller!)

- Herr Hock, es wäre schön gewesen, wenn Sie sich vorab gemeldet hätten. Dann ständen Sie auf meiner Rednerliste. Bitte sehr. Sie haben das Wort. - Danke, Herr Hammer, für Ihr Verständnis. Vielen Dank für den höflichen Umgang damit. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Können Sie mich hören? - Sehr gut. Ich mache das auch vom Saalmikrofon aus. Ich habe hierzu auch nichts vorbereitet. Aber wir sind Mit Antragsteller, weil wir diesen Antrag inhaltlich und auch in der Form, in der er gestellt worden ist, unterstützen.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat, einem Bildungsbürgerzitat. Letztens stolperte ich darüber, als ich etwas über das Gebäude, in dem wir uns heute leider nicht befinden, aber in dem wir uns befinden sollten, nämlich das Rathaus, gelesen habe. Im Ratskeller stand dort wohl einst in den 70er-Jahren mit goldenen Lettern: Audiatur et altera pars.

Meine Lateinkenntnisse sind auch begrenzt. Übersetzt auf Deutsch bedeutet das so etwas wie - ich weiß nicht; vielleicht weiß es noch jemand, der auf einem humanistischen Gymnasium war -: Gehört werde auch der andere Teil.

Ich halte es für richtig, dass das die Ratsmitglieder, überwiegend Herren damals, wahrscheinlich mit einigen Kölsch in der Hand, immer vor Augen hatten. Und das ist aus dem Fokus geraten und verloren gegangen. Das finden wir sehr schade.

Ich erinnere an die März-Sitzung, zu der Die PARTEI einen Antrag gestellt hatte, der freundlicherweise von der Tagesordnung genommen wurde; Frau Martin war der Ansicht, er hätte sich erledigt. Es sollte unter anderem beantragt werden, dass ein Dezernat zur Schaffung von Dezernaten eingerichtet wird. Vielleicht hätten wir jedenfalls das Problem mit der Eignung nicht, hätten wir dieses Dezernat eingerichtet. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die CDU da genügend geeignetes Personal

gehabt hätte. - Es ist jetzt nicht an mir, diesen Witz noch einmal zu erklären. Jedenfalls ist eine Debatte da nicht geführt worden, weil der Antrag, wie gesagt, von der Tagesordnung genommen worden ist.

Dass der andere Teil gehört werden sollte, ist das eine. Das andere ist, dass auch wir auf kommunaler Ebene durch den Grundgesetzgeber gebunden sind. Art. 33 Abs. 2, der Grundsatz der Bestenauslese, gilt auch hier. Ich frage mich, meine Damen und Herren: Wie soll denn der Beste bestimmt werden, wenn schon im März durch die Presse kolportiert wird, wer denn am Ende des Auswahlverfahrens der Beste sein wird? Da stimmt irgendetwas nicht.

Wenn ich sage, dass Sie den anderen Teil hören sollten, meine ich damit konkret: Nehmen Sie die Opposition mit ins Boot. Es ist bekannt, dass ich bezüglich dieser einen Personalie bei der Bezirksregierung Beschwerde eingelegt habe. Das kann ich auch gerne im Detail erklären. Ich bin da juristisch anderer Auffassung, Frau Reker. Aber das sei einmal dahingestellt. Nehmen Sie die Opposition mit. Auch uns ist daran gelegen, dass wir Fachpersonal bekommen, das den Laden hier richtig schmeißt, und nicht irgendwen. Bei dieser einen Personalie bin ich nach wie vor der Ansicht, dass das keine gute Entscheidung gewesen wäre.

Wir tragen diesen Antrag mit, weil es in der Tat Sinn macht, alle einzubinden. Dass nachher die politische Entscheidung eine Entscheidung des Mehrheitsbündnisses sein wird, ist klar. Aber dennoch müssen wir in dem Spannungsverhältnis zwischen dem gesetzlich vorgegebenen Grundsatz der Bestenauslese und dieser tatsächlich am Ende politischen Entscheidung irgendwie vermitteln. Und das erfolgt bisher leider nicht.

Ich entschuldige mich für diesen ganzen realpolitischen Quatsch. Das kommt auch nicht mehr vor. Aber jetzt lag mir gerade daran - ich hatte auch nichts vorbereitet -, darauf noch einmal hinzuweisen. Nehmen Sie uns doch einfach mit. So eine Findungskommission mit allen Fraktionen und Gruppen ist aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Das möchten wir hier noch einmal mitgeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 15

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mir eigentlich einen ruhigeren Redebeitrag vorbereitet. Aber nach dem, was ich gerade von der Kollegin Tokyürek gehört habe, fällt es mir schwer, hier vorne ruhig zu bleiben, weil dort über Personalfindungsverfahren, die hier stattfinden, auch relativ - ich will nicht sagen, Unwahrheiten verbreitet wurden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Wie Frau Reker schon in ihrem Eingangsstatement gesagt hat, hat der Rat genau dieses Verfahren so beschlossen. Das hat der Rat mehrheitlich getan. Es ist auch das Recht dieses Rates, mehrheitlich Verfahren so zu beschließen, wie er es getan hat.

Wenn Sie mit dem Ergebnis dieses Verfahrens nicht einverstanden sind, ist es auch Ihr gutes Recht, am Ende dagegengustimmen.

Aber wenn Sie jetzt so tun, als sei dieses ganze Verfahren nicht rechtmäßig - solche Verfahren wurden übrigens vorher auch schon durchgeführt; damit unterstellen Sie quasi allen anwesenden Beigeordneten, die mit diesem Verfahren gewählt worden sind, dass das alles illegitim ist und dass sie dort oben nicht rechtmäßig sitzen -, fällt es mir schon sehr, sehr schwer, da ruhig zu bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Das war kein anderes Verfahren als die Verfahren, mit denen wir auch Teile unserer Dezernentinnen und Dezernenten dort oben gefunden haben.

Wer wird sich denn - auch das hat Ihr Redebeitrag noch einmal deutlich gemacht - in dieser Stadt noch für irgendetwas bewerben, wenn Namen, bevor sie überhaupt auch nur in Erwägung gezogen werden, schon in der Zeitung rauf und runter diskutiert werden und dann öffentlich diskutiert wird, wer denn der oder die Beste ist? Diese Leute sind teilweise in anderen Städten oder Organisationen - oder woher auch immer sie kommen - noch in Arbeitsverhältnissen. Dort weiß dann jeder: Aha, diese Person ist also auf dem Absprung.

Wer würde es sich denn dann noch antun, sich in dieser Stadt zu bewerben, wenn wir weiterhin in diesem Rat so miteinander umgehen bzw. wenn wir hier so mit Personalangelegenheiten umgehen? Dann wäre doch jede und jeder mit dem Klammerbeutel gepudert, überhaupt noch einen

Gedanken daran zu verschwenden, sich hier zu bewerben.

Damit erreichen wir genau das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich beabsichtigen. Dann bekommen wir nämlich garantiert nicht mehr die besten Leute, die wir in dieser Stadt eigentlich so dringend benötigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Vielleicht müssen wir auch mal wieder einen kleinen Gang herschalten, was diese ganzen Empörungsschleifen angeht, die hier ständig gedreht werden. Wegen jedes kleinen Verfahrens wird hier in jeder Ratssitzung dann noch mal die gleiche Platte aufgelegt. Ich freue mich schon auf die gleiche Debatte, die wir in der September-Ratssitzung wieder führen werden. Dann können wir vielleicht einfach die Reden zu Protokoll geben, um uns auch die Zeit zu sparen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wenn wir diese Empörungsschleifen jedes Mal aufs Neue drehen und uns hier immer wieder nur mit uns selbst beschäftigen, geht es in dieser Stadt nicht voran. Damit meine ich auch das Skandalisieren von jedem kleinen bisschen, das vermeintlich irgendwie da ist. Sie geben diesem Kulturdezernenten doch noch nicht einmal die Chance, sich überhaupt bei Ihnen vorzustellen, und wissen jetzt schon, dass dieses Verfahren aber ein verkorkstes Verfahren ist.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was bietet ihr denn an? Immer weiter so, oder was? - Gegenrufe: Das Verfahren ist doch nicht rechtswidrig, wenn der Rat es beschlossen hat! - Das ist ein beschlossenes Verfahren! - Gegenruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort. Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn Sie das Verfahren für rechtswidrig halten, steht es Ihnen selbstverständlich frei - wie bei allen anderen Dingen, die man für rechtswidrig hält -, den Rechtsweg zu beschreiten. Sie haben ja auch schon per Pressemitteilung angekündigt, dass Sie das tun werden. Dann wünsche ich Ihnen dabei viel Erfolg.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 16

Wir sind davon überzeugt, dass dieser Rat selbstverständlich ein rechtssicheres Verfahren gewählt hat und dass dieses Verfahren auch von der Oberbürgermeisterin rechtssicher durchgeführt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Wo sind wir denn? Wir beschließen doch nicht irgendwelche Sachen, die rechtswidrig sind. Entschuldigung!

Ja, ich wollte mich eigentlich nicht aufregen. Jetzt haben mich Ihre Zwischenrufe doch dazu verführt, mich hier ein bisschen zu echauffieren.

Noch einmal: Dieses Skandalisieren von allem und jedem, was hier angeblich getan wird, sodass wir uns im Rat überhaupt nicht mit Inhalten beschäftigen, führt doch am Ende nur dazu, dass die Politikverdrossenheit in dieser Stadt zunimmt und dass es immer heißt: Die da oben machen doch eh alles, was sie wollen.

Daher kann ich nur dafür werben: Geben Sie doch dem Kandidaten für das Kulturdezernat auch erst einmal eine Chance. Lernen Sie ihn kennen. Vielleicht können Sie sich ja - - Nach diesem Antrag werden Sie ihn wahrscheinlich sowieso nicht mitwählen können; das ist mir dann auch schon klar. Aber lassen Sie uns doch versuchen, in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam die besten Köpfe nach Köln zu holen, und darauf verzichten, hinter jeder Personalie den großen Skandal zu wittern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort gewünscht? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt auch, ruhig zu bleiben; denn die Emotionen schlagen hoch, und ich finde, dass wir die Dinge ein bisschen sortieren müssen.

Lino Hammer, wenn hier der Eindruck erweckt wird, wegen jedes Kinkerlitzchens würde hier eine Empörungsschleife gefahren, wird das den Vorgängen, die wir heute eigentlich nicht beraten, die aber durchaus zur Beratung anstehen, nämlich um die Wahl des Dezernenten für das Dezernat IX, nicht gerecht.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja. Der Eindruck konnte aber entstehen. Deswegen will ich das hier noch einmal in aller Klarheit sagen. - Ich meine aber, dass wir uns heute nicht damit befassen sollten. Deswegen haben wir unseren Antrag, was dieses Verfahren betrifft, gerade auch in die nächste reguläre Sitzung verwiesen.

Heute liegt ein Antrag vor, der sich ausdrücklich mit der Wahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur beschäftigt. Nur dazu will ich jetzt Stellung nehmen - und deswegen auch ausdrücklich nicht zu Ihren Ausführungen, Frau Oberbürgermeisterin Reker. Dazu gäbe es auch eine ganze Menge zu sagen. Das heben wir uns, wie gesagt, für die nächste reguläre Sitzung auf. Dann debattieren wir das in Gänze, was den Blick zurück betrifft.

Grundsätzlich ist uns als SPD natürlich bewusst - auch das sei vorangestellt -, dass Personalbesetzungsverfahren immer, egal an welcher Stelle, ob in dieser Stadt oder in städtischen Gesellschaften, sensible Vorgänge sind, bei denen wir mit Menschen und deren Biografien arbeiten. Deswegen müssen wir am Ende gucken - da gebe ich allen, die das jetzt im Vorfeld schon gesagt haben, durchaus recht -, dass wir Menschen das Signal senden: Hier kann man vertrauensvoll, aber auch - das ist ebenfalls wichtig - rechtskonform in diese Verfahren einsteigen.

Die Hinweise, die jetzt auf das laufende Verfahren gekommen sind, muss man ernst nehmen. Das haben wir in der Presse immer schon gesagt. Wir gucken uns auch das Verfahren an.

Jetzt geht es aber um die Frage - und das ist der Antrag, über den wir eigentlich diskutieren -, wie wir ganz konkret mit dem derzeit bereits laufenden und von diesem Rat beschlossenen Verfahren umgehen. Halten wir das Verfahren an und starten es neu? So wird es ja von den LINKEN und der PARTEI beantragt. Und da sagen wir: So sehr wir für übergreifende Zusammenarbeit gerade im Bereich der Kultur grundsätzlich auch zur Verfügung stehen würden - ich erinnere daran, dass die letzte Kulturdezernentin in einem ähnlichen Verfahren gewählt worden ist; über das Ergebnis kann man dann unterschiedlicher Meinung sein -, ist es so, dass dieser Rat ein Besetzungsverfahren beschlossen hat. Das respektieren wir.

Auch wenn wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch eine andere Vorstellung gehabt hätten, wie man das Ganze steuert bzw. wie dieser Stadtvorstand sich insgesamt zusammensetzt

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 17

- hier sei noch einmal bemerkt, dass das eben auch nicht den Rat in seinem vollen Umfang abbildet -, respektieren wir zunächst diesen Beschluss.

Wir sind der Überzeugung: Zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem wir bereits über einen konkreten Namen in der Öffentlichkeit diskutieren - diese Person stellt sich uns heute auch in der Fraktion vor -, würden wir wieder ein falsches Signal - nach vielen anderen, die es in der Vergangenheit leider schon gegeben hat - senden, wenn wir dieses Verfahren jetzt noch einmal komplett neu aufsetzen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und sagten: Es ist schön, dass Sie sich beworben haben, lieber Herr Charles; aber wir möchten an dieser Stelle doch nicht auf Sie zurückgreifen.

Das wäre falsch. Deswegen sind wir nicht dafür, diesem Antrag zuzustimmen, und werden ihm auch nicht zustimmen.

Gleichwohl - das sei noch einmal betont - werden wir selbstverständlich auf das Verfahren und die Rechtskonformität des Verfahrens schauen. Das hat dann aber nichts mit der Person zu tun.

Wir geben - damit bin ich an dem Punkt, zu dem eben schon einmal aufgerufen wurde - dem Bewerber eine Chance; genau so, wie sich das gehört. Wir schauen uns ihn an, kommen zu einem Ergebnis und werden am Montag gemeinsam darüber beraten bzw. dann entscheiden, ob wir ihn zum Dezernenten und Beigeordneten für Kunst und Kultur wählen.

Dementsprechend sprechen wir uns, wie gesagt, gegen den Antrag aus und hoffen auf eine sachliche, aber faire und auch der Besonderheit der Situation entsprechende Debatte in der nächsten Ratssitzung. Wir freuen uns heute, an der Stelle miteinander, glaube ich, einen richtigen Weg zu gehen und für Köln ein gutes, ein wichtiges, ein zukunftsfähiges Signal zu senden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Saal!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einmal ein paar Dinge richtigzustellen, die hier von den Antragstellern in den Raum gestellt worden sind und so absolut unhaltbar sind.

Zum einen bewegen wir uns rein rechtlich im Zwiespalt zwischen dem Beamtenrecht und dem Recht des Einzelnen auf informationelle Unversehrtheit, das wir gerade im Personalrecht als eines der höchsten Güter ansehen. Nicht ohne Grund ist in § 9 Bundesdatenschutzgesetz die Personalakte als ein besonders geschützter Bestandteil vorgesehen.

Wenn sich jemand bei einem Unternehmen bewirbt - - Und nichts anderes ist das hier. Man bewirbt sich beim Unternehmen Stadt Köln - ja, auf eine herausgehobene Position und keine normale Position. Aber es ist eine Bewerbung. Genau deshalb unterliegen all diese Daten auch einer besonderen Schutzwürdigkeit.

Wenn jemand, der - egal ob in der Privatwirtschaft oder in einem anderen kommunalen Haus - eine Stelle innehat, diesen richtigen und wichtigen Schritt geht und sich woanders bewirbt, muss er als Erstes darauf vertrauen können, dass seine Daten geschützt sind.

Das ist auch der Grund, warum wir am Ende dieses Prozesses in der Regel nur einen Bewerber haben. Denn alle, die sich hier bei dieser Stadt bewerben oder eine Interessensbekundung abgeben, ziehen diese natürlich zurück, wenn sie das entsprechende Signal bekommen oder selber für sich entscheiden: Ich möchte mich nicht weiter bewerben.

Diesem Recht des Einzelnen steht das Informationsrecht unseres Rates gegenüber. Wir alle wollen natürlich maximale Informationen über den Kandidaten, der am Ende herauskommt, haben.

Deshalb ist es hier im Hause bewährte Praxis, dass die Kandidaten sich mit Vorlauf auch in den Fraktionen vorstellen und dass man von derjenigen, die das Verfahren geführt hat oder führt, der Oberbürgermeisterin - oder in der Vergangenheit dem Oberbürgermeister -, einen kompletten Satz an Informationen bekommt, sodass man diesen Kandidaten auch beurteilen kann. Das ist in all den Verfahren, seitdem ich seit 2014 kontinuierlich hier im Rat gesessen habe, immer passiert, egal ob wir damals in der Opposition oder danach auch in der Verantwortung waren. Es gab immer eine ausreichende Information und die Gelegenheit, sich über den Kandidaten oder die Kandidatin entsprechend zu informieren.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 18

Darüber hinaus hätte jede Fraktion oder sogar jedes einzelne Mitglied hier im Rat das Recht, auf die Vorlage der Oberbürgermeisterin hin einen weiteren Kandidaten vorzuschlagen. Und jeder kann sich auf die Suche machen. Da muss man nicht schauen, wer sich alles schon beworben hat, Frau Tokyürek. Sie hätten selber Leute ansprechen können und sagen können: Der ist geeignet, und wir schlagen ihn hier vor.

Dieses Recht haben Sie. Das nimmt Ihnen keiner. Es ist unredlich und auch demokratieschädlich, wenn Sie hier das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Das Zweite ist - es ist wichtig, das hier auch noch darzustellen -: Wir haben in der Tat in den letzten Jahren immer genau nach dem gleichen Verfahren alle Besetzungen vorgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Detjen zu?

Bernd Petelkau (CDU): Nein, momentan nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Bernd Petelkau (CDU): Ich würde gerne meine Rede - -

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Angesichts dessen, dass ich vom Ende der Redezeit nicht mehr weit entfernt bin, würde ich das gerne zu Ende ausführen.

Wie gesagt, ist das Zweite, dass diese Verfahren hier absolut ordentlich durchgeführt worden sind - nach den Grundsätzen der Gemeindeordnung. Das ist hier entsprechend vorgesehen. Die Oberbürgermeisterin führt das Verfahren, und wir haben eine Personalberatung eingeschaltet. Das ist in all diesen Verfahren entsprechend passiert.

Das Prinzip der Bestenauslese ist durch das Beamtenrecht vorgegeben. Da unterscheiden wir uns von den Ministerialbesetzungen, wo es diese Vorschriften nicht gibt. In unserem Fall führt das Beamtenrecht dazu, dass wir den strengen Maßstab der Bestenauslese in den Verfahren umset-

zen. Das wird von der Verwaltung und dem Personalberater entsprechend dokumentiert. Es ist richtig und wichtig, dass das so passiert.

Wir werden in diesem konkreten Verfahren den besten Kandidaten in der nächsten Woche präsentiert bekommen. Ich werbe für eine Zustimmung. Denn wir brauchen erstklassige Leute für Köln. Stefan Charles ist eine erstklassige Persönlichkeit, die uns in den nächsten Jahren in die Lage versetzt, im Kulturbereich wirklich auch herausragende Leistungen zu erbringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Oberbürgermeisterin hat in ihrem Vorwort zu dieser Debatte mit Recht gesagt, dass dieser Antrag zu spät kommt. Wir haben uns auf ein Verfahren verständigt. Nach diesem Verfahren haben sich Bewerberinnen und Bewerber bei der Stadt Köln beworben. Da gebietet es der Vertrauensschutz, sich an dieses Verfahren zu halten und es nicht fünf Tage vor der Entscheidung zu ändern.

Aber lassen Sie mich einmal acht Jahre auf die Wahl der letzten Kulturdezernentin zurückblicken. Da gab es nämlich das, was heute hier vorgeschlagen wird, also eine Findungskommission mit allen im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen. Da ich einer der letzten politischen Überlebenden bin, der daran teilgenommen hat, kann ich hier ja einmal ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern.

Dieser Findungskommission haben sich dann nämlich Kandidatinnen und Kandidaten entsprechend vorgestellt - natürlich auch ohne Maske und mit klarem Namen. Am Ende hat sich die damalige Ratsmehrheit aus Rot-Grün zur Beratung zurückgezogen und ist mit einem Ergebnis wiedergekommen, das dann hieß: Der Favorit aller, die sonst im Raume waren

(Dr. Ralph Elster [CDU] nickt)

- da hinten gibt es noch einen nickenden Überlebenden dieser Runde; ja, lieber Ralph Elster -, wurde ausgeschieden. Man hatte sich auf eine

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 19

Kompromisskandidatin geeinigt, die wir alle die letzten acht Jahre hier erleben durften.

Sie sehen also: Es hat so etwas gegeben. Zu welchem Erfolg es geführt hat, kann dann jeder entsprechend beurteilen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir teilen die Kritik an dem Verfahren mit der Sondersitzung am nächsten Montag. Wir haben das in der Fraktion beraten. Unser Fraktionsgeschäftsführer hat es auch in den Beratungen mit seinen Kolleginnen und Kollegen entsprechend eingebracht. Aber wir haben gesagt: Wir haben jetzt einen Kandidaten. Wir haben ein beschlossenes Verfahren. Wir wollen weiteren Schaden vom Kulturstandort Köln abwenden.

Denn würden wir jetzt anfangen, das aufzuweichen oder aufzuschieben, würden wir nur den Kandidaten beschädigen und den Ruf der Stadt Köln beschädigen. Das dürfen wir nicht tun, meine Damen und Herren. Deswegen wirken wir jetzt natürlich genauso konstruktiv, wie das der Kollege Joisten gesagt hat, an dem Verfahren mit, schauen uns den Kandidaten heute auch an und werden uns am Montag dann entsprechend dazu verhalten.

Wir sind als FDP-Fraktion aber gerne bereit, in Gespräche einzutreten, um zu überlegen, wie wir danach andere Verfahren finden können, auf die wir uns hier verständigen und die wir dann, wenn wir solche Ausschreibungen machen, von Anfang an entsprechend festlegen können.

Eine solche Findungskommission kann meines Erachtens nicht ganz so gebildet werden, wie das im Antrag beschrieben ist, also nach dem Motto „one fraction, one vote“. Wir müssen ja doch die Mehrheitsverhältnisse des Rates entsprechend abbilden.

Auch der Schutz von Bewerberinnen und Bewerbern ist sehr wichtig, wie Bernd Petelkau schon gesagt hat, weil wir sonst viele abschrecken würden, sich überhaupt bei der Stadt Köln zu bewerben.

Daher können wir als FDP-Fraktion Ihrem Antrag heute nicht zustimmen. Wir sind aber gerne bereit, uns nach der Entscheidung am Montag darüber zu unterhalten, wie wir die Dinge hier verbessern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, auf meiner Rednerliste steht jetzt Herr Zimmermann. Aber vorher frage ich, ob von Volt oder von der AfD das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Zuschauertribüne und im Livestream! Zunächst zum Antrag der LINKEN und der FRAKTION: Schon beim Lesen des Antrags war ich mittelmäßig entsetzt - und nach dem Vortrag noch mehr. Das hat unter anderem damit zu tun, dass ich aus dem Bewerberumfeld der nun noch zu wählenden Person als Beigeordnete für Kunst und Kultur mindestens eine Person kenne.

Nach deiner Rede habe ich als Erstes eine SMS geschrieben, dass diese Person bitte doch dringend auch formal ihre Bewerbung zurückzieht, damit sie nicht in die Gefahr gerät, öffentlich gemacht zu werden; denn sie ist in Lohn und Brot und auf die Vertraulichkeit angewiesen.

Wenn jetzt gesagt wird, man wolle bis zu dem und dem Tag Klarnamen haben, ist das ein großes Problem. Die Bewerber haben nämlich gar nicht alle formal ihre Bewerbung zurückgezogen. Abgesehen davon, dass das rechtlich schwierig ist, wäre es wirklich ein Vertrauensbruch, den man den Bewerber*innen nicht zumuten kann.

Im Beschlusstext selbst steht dazu, wie es zukünftig laufen soll, die Vorstellung, dass uns drei Namen genannt werden. Dann gehen also zwei Verlierer vom Platz. Wer soll sich denn dann, bitte schön, noch bewerben, wenn er irgendwo schon fest angestellt ist? Das kann man sich wirklich nicht ausmalen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Auch das ist total illusorisch und wird garantiert nicht dazu führen, dass die Qualität der Bewerbungen in Köln steigt.

Das Verfahren, wie wir es hier praktizieren, ist okay, sage ich einmal vorsichtig. Es ist einigermaßen transparent, in vielen Punkten. Es gibt die Vertraulichkeit. Dort hört die Transparenz dann natürlich leider auf. Es ist aber nicht wirklich - - Wie soll man sagen? Es ist okay. Aber es wird eben nicht ernst genommen.

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 20

Da muss ich auch Lino Hammer etwas widersprechen. Es geht nicht um ein kleines bisschen. In Bezug auf den gewählten Stadtentwicklungsdezernenten war das Verfahren formal sicherlich okay. Aber das Ganze davor und danach war nicht okay. Und das haben nicht die Opposition oder die kritischen Stimmen versaut. Das haben Herr Petelkau und Herr Kienitz selbst versaut; ganz einfach.

Und wenn das Verfahren so toll war, muss man sich ja trotzdem fragen: Wie kann es sein, dass die Presse am Anfang des Verfahrens schreibt, Herr Kienitz werde es, und er es am Ende dann auch wird? Natürlich kann das ein Zufall gewesen sein. Aber es widerspricht diesem Gedanken der Bestenauslese. Und wenn wirklich alles so gut war und er tatsächlich der Beste war, steht immer noch die Frage im Raum - und die ist nicht wirklich beantwortet -: Warum hat Herr Kienitz dann zurückgezogen?

Das Verfahren hat aber auch noch andere Mängel. Da ist das Stichwort „Bestenauslese“. Dass eine Bestenauslese erfolgt, stimmt eben leider auch nicht. Es wird nicht der oder die Beste Dezernentin oder Beigeordneter, sondern diejenige Person, die im Rat die Mehrheit bekommt. Das ist ganz einfach so. Daher kann die Oberbürgermeisterin, die dieses Verfahren führt, nur Personen vorschlagen, die hier auch eine Mehrheit bekommen. Die Oberbürgermeisterin kann keine Person vorschlagen, die vielleicht nach ihrer Meinung die allerbeste Person ist, aber im Rat anschließend durchfällt. Daher muss die Oberbürgermeisterin als die Leiterin des Verfahrens, so wie wir das wollen, Personen vorschlagen, die hier auch gewählt werden; denn sonst wären diese Personen natürlich stark beschädigt.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Vorschlagsrecht. Auch das Vorschlagsrecht ist ja recht transparent. Grüne, CDU und Volt schreiben ganz klar, wo sie sich nach Verhandlungen ein Vorschlagsrecht ausbedingen oder nicht. Das ist okay. Das kann man nachlesen. Darauf kann man sich einlassen. Es ist auch legitim - also dieser Wunsch, dass die Politik sich ein bisschen mit der Verwaltung verzahnt, um langfristig auch in der Verwaltung wirken zu können. Das steckt ja mit dahinter.

Nicht mehr okay ist aber, dass der Parteiproporz nicht beachtet wird, dass dieses Vorschlagsrecht nur nach Mehrheiten vergeben wird, sodass am Ende, wenn eine Partei nur lange genug dran ist, nahezu alle Beigeordneten dann ein Parteibuch dieser Partei haben, und dass die anderen Parteien schlicht und einfach leer ausgehen, was das Vorschlagsrecht angeht.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Einen letzten Punkt möchte ich noch kurz anmerken. Diese Diskussion haben wir auch schon bei den Aufsichtsräten geführt. Frau Oberbürgermeisterin, wir hatten hier eine Zeit, in der wir kurz davor waren, das Matriarchat auszurufen. Sie waren Oberbürgermeisterin; es gab Frau Klug; es gab Frau Berg; es gab Frau Laugwitz-Aulbach; es gab Frau Dr. Klein. Nun haben wir mit den vier Beigeordneten, die zurzeit gewählt werden oder gewählt wurden, aber zurückgezogen haben, vier Männer. Es ist keine einzige Frau in dieser Reihe. Das wird sich im Stadtvorstand am Ende so widerspiegeln, dass die Quote nicht mehr erfüllt ist.

(Beifall von Maria Helmig [SPD])

Daher bitte ich, bei der noch anstehenden Besetzung auch darauf zu achten. Ich bin einmal gespannt, ob in dem erneuten Verfahren zur Wahl eines Stadtentwicklungsdezernenten einmal der Name einer Frau fällt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn ich das richtig interpretiert habe, gibt es jetzt eine zweite Runde.

(Zurufe: Oh!)

Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag kommt spät. Ja, er kommt spät. Aber er kommt nicht zu spät. Und das ist das Entscheidende. Wenn wir ein Verfahren, das rechtswidrig ist, heilen können - - Und das ist der Ansatz unseres Antrages.

Sie haben ja sowohl von Herrn Sterck als auch von Herrn Joisten die Andeutung gehört, dass sie die rechtlichen Dinge prüfen werden und dass wir ein anderes Verfahren brauchen. Daran können Sie ja schon sehen, dass auch andere Parteien nachdenklich geworden sind und diese ganze Angelegenheit prüfen wollen.

Ich möchte auch noch einmal auf Folgendes hinweisen: Unser Antrag kam am 13. August 2021. Zu diesem Zeitpunkt waren die Namen noch nicht veröffentlicht. Am 13. August war es also möglich, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Petelkau, das Ganze im Prinzip anzuhalten und zu schauen, wie die heutige Beratung hier ausgeht. Das möchte

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 21

ich zu dem Zeitpunkt noch einmal sagen, und zwar deutlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben davon gesprochen, Sie hätten keine Privilegien vergeben. Doch, haben Sie. Sie haben zwei Mitgliedern der CDU - mehr kenne ich nicht; zumindest die zwei sind bekannt - das Privileg gegeben, Namen kennenzulernen, die andere Ratsmitglieder nicht kennen konnten. Wir haben es versucht und haben keine Namen sehen können.

Es geht uns in Bezug auf die ganze Aktenführung auch nicht darum, Namen von Personen, die zurückgezogen haben, zu erfahren. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es darum, ein ordentliches Verfahren zu finden.

Dieses Verfahren ist vom Verwaltungsgericht Münster im Jahr 2020 moniert worden. Das war übrigens eine Klage der CDU aus einer Ruhrgebietsstadt, die sich beschwert hat, dass sie nicht die Akten einsehen konnte. So viel nur einmal als kleiner Hinweis. Das kam also nicht von den LINKEN, sondern von der CDU.

Deswegen ist dieses Urteil des Verwaltungsgerichts Münster für uns die Grundlage für den Verfahrensweg, Herr Petelkau, auch in der Frage „öffentlich oder nichtöffentlich?“. Es geht um die Wahl eines politischen Beamten nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Da muss allen Mitgliedern des Rates die gleiche Möglichkeit gegeben werden, und da dürfen keine Privilegien vergeben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Hammer, zum Stichwort „Empörungsschleife“: Die Stadt Köln war über die Wahl des Stadtentwicklungsdezernenten empört. Ich war das auch. Aber die Empörungsschleife von uns war bei Weitem nicht so groß wie die Empörungsschleife der Stadt Köln. Eine Empörungsschleife ist ja auch ein objektiver Vorgang, der in der Stadtgesellschaft stattfindet. Und diese Empörung war da. Das muss man konstatieren. Sie war auch bei vielen da. Das jetzt lächerlich zu machen, geht haarscharf an der ganzen Sache vorbei, muss ich sagen. Damit reflektiert man nämlich nicht, dass da erhebliche Fehler gemacht worden sind.

Frau Reker, wenn Sie auf die Bezirksregierung reagieren, sagen Sie, das sei alles regelkonform gemacht worden. Gut, dann müssen Sie das gegenüber der Bezirksregierung auch so vertreten.

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass alle Ratsmitglieder Akteneinsicht zur gleichen Zeit haben. Uns geht es darum, keine Leute zu verprellen und hier im Rat ein geregeltes Verfahren zu entwickeln, bei dem alle Ratsmitglieder mitgenommen werden. Unser Vorschlag, eine Kommission zu bilden, ist eine Möglichkeit, wie man das verbessern kann.

Meine Damen und Herren, wir werden an diesem Thema weiterarbeiten und in der ganzen Frage nicht lockerlassen, weil ich glaube, dass das, was wir da vertreten, genau das ist, was vom Verwaltungsgericht Münster dargestellt worden ist. Allein eine Findungskommission - in Hagen gab es auch eine Findungskommission - reicht nämlich nicht aus. Vielmehr muss man zusätzlich auch Akteneinsicht gewähren.

Deswegen sollten Sie ruhig bleiben, meine Damen und Herren. Die Empörung in der Stadt ist groß. Sie wird auch groß bleiben, wenn wir nicht einen Weg finden, das ordentlich zu richten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, Sie zweifeln meine Integrität im Amt und auch mein Können als Juristin an, wenn Sie mir unterstellen, ich führte unprofessionelle, unregelmäßige und rechtswidrige Verfahren. Das wird sich ja aus dem Wortprotokoll ergeben. - Herr Hammer hat jetzt das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jörg Detjen, die Empörungsschleife, die ich gerade erwähnt hatte, bezog sich genau auf den Redebeitrag, der aus Ihrer Fraktion kam, zu dem Verfahren für das Dezernat für Kunst und Kultur, welches Sie hier zu skandalisieren versuchen.

Über das Verfahren, über das wir heute eigentlich alle gar nicht reden wollten, weil die SPD-Fraktion ja auch ihren Antrag zurückgezogen hat, können wir alle unterschiedlichster Meinung sein. Darüber kann man sich auch gerne echauffieren, wenn man das tun möchte.

Aber dieses Verfahren zur Besetzung des Dezernates für Kunst und Kultur - - Jetzt schmeißt man wieder alles in einen Topf und will hier alles über einen Kamm scheren. Man darf es dann auch zu Recht einmal Empörungsschleife nennen, wenn

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 22

bei jedem Personalverfahren immer wieder alles rechtlich in Zweifel gezogen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin nachhaltig entsetzt, muss ich ganz ehrlich sagen, über das, was hier vorgetragen worden ist. Dass eine Partei, die einer Organisation entstammt, die jahrzehntelang über ein Zentralkomitee Stellenbesetzungen durchgeführt hat, uns jetzt hier Demokratie beibringen will, ist schon absurd. Das ist wirklich absurd.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Ihre Forderungen sind ja zum Teil sogar inkonsistent. Der Personalberater schlägt dem Rat drei formal und fachlich geeignete Bewerberinnen und Bewerber vor. Am Ende soll eine Kommission tagen und dann einen Vorschlag zur Wahl des Beigeordneten aus diesen drei herausdestillieren. Warum drei? In dem beruflichen Umfeld, in dem ich das gemacht habe, sind es normalerweise viel mehr. Auch hier im Rahmen meiner Tätigkeit im Rat der Stadt Köln haben wir bis zu 100 verschiedene Namen von Bewerberinnen und Bewerbern in den Verfahren im Blick. Aktuell ist das ja auch wieder der Fall gewesen. Warum sollen wir uns mit drei begnügen, wenn wir bis zu 100 oder noch mehr Expertinnen und Experten ins Auge fassen können? Das ist ein unglaublich schwachsinniger Antrag gewesen.

Er hat selbstverständlich auch im laufenden Verfahren Staub aufgewirbelt. Der aktuelle Kandidat, der von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagen worden ist, ist natürlich verunsichert, wenn er am selben Tag, an dem die Oberbürgermeisterin seinen Namen veröffentlicht, zur Kenntnis bekommt, dass es im Rat eine Gruppe gibt, von der er nicht weiß, wie mächtig diese Gruppe ist - - Oder zwei Gruppen; es gibt ja dann auch noch die Hundesteuer-PARTEI. Und diese beiden Gruppierungen - der Kandidat kann nicht einordnen, welche Macht sie im Rat haben - schreiben einen Antrag, wonach das Verfahren aufgehoben werden soll, durch das er sich gerade durchgearbeitet hat.

Das ist so etwas von einer Katastrophe. Wenn dieser Mann jetzt zurückgezogen hätte, hätte man

das ganze Verfahren rückabwickeln müssen. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, hätten wir mehrere Dutzend hoch qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber völlig verunsichert. Dann würden wir wieder von vorne anfangen. Und niemand würde sich bewerben. Das ist wirklich skandalös.

(Beifall bei der CDU und Volt)

Sie machen das nicht aus Gründen der Transparenz oder der Demokratie oder was auch immer Sie hier anführen. Sie machen reinen Wahlkampfklamauk. Das ist reiner Wahlkampfklamauk; denn Sie versuchen, darzustellen, dass die bestehenden Strukturen intransparent sind, nicht wirksam sind, zu falschen Schlüssen kommen und nicht rechtskonform sind. Das ist echt widerlich und schädlich für die Stadt.

Und das gelingt Ihnen nur, weil Ihre Pressemitteilungen zum Teil eins zu eins in der Zeitung auftauchen - eins zu eins. Manchmal vergisst die Redaktion sogar, darzustellen, ob das jetzt Ihre Meinung ist, ob das Fakt ist, ob das Wahrheit ist oder ob das gelogen ist.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das ist die aktuelle Situation. Und das ist der eigentliche Skandal. Sie produzieren hier ununterbrochen Lügen und Behauptungen - Lügen und Behauptungen.

Sie haben Akteneinsicht genommen. Sie haben alle Akteneinsicht genommen. Sie haben alle die Akten gelesen. Und Sie wissen, dass nicht nur ein Kandidat das Auswahlverfahren zum Stadtentwicklungsdezernenten durchlaufen hat, sondern dass es viele Bewerber gab - genauso wie in dem Verfahren, das am nächsten Montag ansteht.

Trotzdem behaupten Sie immer, es hätte nur einen Bewerber gegeben. Trotzdem behaupten Sie gebetsmühlenartig, das Ganze sei nicht rechtskonform, und es sei intransparent. Ich weiß nicht, wie oft ich diese Vokabel in der Zeitung gelesen habe. Und die Oberbürgermeisterin hat dargestellt, dass das alles nicht stimmt.

Geben Sie einfach endlich Ruhe. Ein hier im Rat der Stadt Köln einmal beschlossenes Verfahren muss durchlaufen werden können. Ansonsten haben die Kandidatinnen und Kandidaten, die Bewerberinnen und Bewerber ja überhaupt gar keinen Schutz im Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 23

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein, Herr Dr. Elster?

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr gerne.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, es ist keine Zwischenfrage, sondern ich möchte mich offiziell darüber beschweren, dass Herr Dr. Elster - offenbar emotional sehr aufgewühlt, warum auch immer - uns hier der Lügen, des Schwachsinn und des Klamauks bezeichnet. Das ist ein Stil, den wir nicht akzeptieren möchten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ralph Elster (CDU): Es ist nichts anderes als Klamauk, lieber Herr Weisenstein. - Und damit bin ich jetzt auch fertig.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, Entschuldigung. Eigentlich stand ich auch nicht auf der Redner*innenliste. Aber ich schaue und höre mir das jetzt schon eine ganze Weile an. Und einmal mehr möchte ich einfach alle bitten - -

Ich fand die Feststellung, dass es sich hier ein bisschen um Polemik handelt, gar nicht so verkehrt - auch wenn ich in der Sache die Auffassung teile, dass, wenn es da etwas juristisch zu überprüfen gibt, das auch überprüft werden sollte. Ich kenne mich damit nicht aus; das kann ich hier offen zugeben. Deswegen bin ich auch dankbar, wenn sich andere Menschen darum kümmern und dafür sorgen, dass das alles rechtens läuft.

Ich möchte aber doch um eines bitten. Wenn hier von der einen Seite der anderen Seite Polemik und Wahlkampf vorgeworfen werden, möchte ich nur darauf hinweisen, dass das, glaube ich, alle hier ganz gut können, gerade auch die beiden großen Parteien. Nach meinem Blick von außen nimmt man sich da gegenseitig nichts. Das braucht ihr euch also nicht gegenseitig vorzuwerfen, finde ich; denn das könnt ihr alle gut.

Ich möchte aber noch eine Sache ergänzen, die mir persönlich sehr aufgestoßen ist. Das kam jetzt

auch schon mehrfach in den Redebeiträgen. Wenn hier im Rat ein Bündnis die Mehrheit hat, dann zu sagen, wenn jemand aus der Opposition - - Ich würde mich und die KLIMA FREUNDE auch gar nicht als Opposition bezeichnen; denn wir schauen uns das immer ganz neutral an. Ich finde, es muss doch völlig legitim sein, dass dann andere anderer Meinung sind oder das auch kritisch hinterfragen. Es ist doch ganz normal, dass man das dann auch mal hinterfragt und Kritik äußert. Diesen Menschen kann man doch nicht vorwerfen, sie würden das Ganze in die Länge ziehen. Es wurde ja gerade schon wieder so dargestellt, als sei jetzt die Kollegin schuld, dass das hier irgendwie zu Aufregung führt.

Mit Verlaub: Wenn das Ganze so koscher wäre, wenn es da nichts zu beanstanden gäbe und wenn das allen Beteiligten und der Stadtgesellschaft und wem auch immer ganz klar wäre, dann würde es diese Aufregung doch gar nicht erst geben. Man kann doch nicht denjenigen zur Verantwortung ziehen, der versucht, darauf hinzuweisen, dass vielleicht etwas schiefgelaufen ist.

Das ist jetzt sehr auf Metaebene gesprochen, weil ich mich mit den einzelnen Sachverhalten hier nicht auskenne. Aber das ist schon etwas, was mich ziemlich ärgert. Das Ganze in die Länge zu ziehen, hier Kreise zu drehen, Echauffierungswellen zu haben und was auch immer, kriegen gerade alle ganz gut hin, finde ich. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal zur Ratsgruppe GUT oder zu Herrn Zimmermann: Bei der Besetzung von Positionen sollte der Kompetenzproporz gelten und nicht der Geschlechterproporz.

Dann möchte ich Herrn Elster dazu gratulieren, dass er die antikommunistische Haltung der CDU wiedergefunden hat.

(Unruhe)

- Jetzt regen Sie sich nicht so auf.

(Beifall bei der AfD)

Dazu möchte ich doch sehr gratulieren. Dann lassen Sie bitte auch in Zukunft - das müssen Sie ja

8. Sitzung vom 18. August 2021 Seite 24

in der letzten Ratsperiode gemacht haben - gemeinsame Anträge mit der Linkspartei zum Thema „Karl Marx“ sein. Dann glauben wir Ihnen diese Haltung. Aber trotzdem schon einmal herzlichen Glückwunsch dazu, dass Sie es heute so gesehen haben und dass Sie wieder ins Lager der Antikommunisten zurückkehren!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich jetzt gerne über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu:

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.1 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung Hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides 1929/2021/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist dem so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

3.2 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung Hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente 1931/2021/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dem so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

3.3 Strukturhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerhäuser/-zentren in freier Trägerschaft 2350/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

4 Weitere Vorgänge

4.1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kienitz-Affäre“ AN/1578/2021

**Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021
2928/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Auswahlverfahren zur Wahl der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur“ AN/1577/2021

**Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021
2909/2021**

Auch hier liegt Ihnen die Antwort der Verwaltung vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Es liegen auch schon Nachfragen vor!)

- Die Nachfragen werden selbstverständlich baldmöglichst beantwortet. - Vielen Dank.

Dann schließe ich jetzt die öffentliche Sitzung und stelle die Nichtöffentlichkeit her. Ich verabschiede mich von den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne und im Livestream.

(Schluss: 16.09 Uhr)